

**Kleine Anfrage Nr. 15/12
des Abgeordneten Bernd Holtfreter (PDS)
über: Neuausschreibung des Verkaufs
der Wohnungsbaugesellschaft GSW**

Ich frage den Senat:

1. Trifft es zu, dass noch im Dezember 2001 oder Anfang des nächsten Jahres eine Neuausschreibung des GSW-Verkaufs durch den Senat bzw. ein von ihm beauftragtes Unternehmen erfolgen soll?
2. Hält der Senat bei der geplanten Neuausschreibung an den von ihm für die erste Ausschreibung aufgestellten Kriterien, z. B. zur Mietbegrenzung auf max. 5 % über dem ortsüblichen Niveau sowie zur Verpflichtung, mindestens 25 % der Wohnungen an Mieter(innen) und/oder Genossenschaften zu einem Preis „am unteren Rand des Marktüblichen“ zu verkaufen, fest, und wenn nein, aus welchen Gründen?
3. Plant der Senat eine Veränderung der bisherigen Ausschreibungsbedingungen, und wenn ja, in welche Richtung und aus welchen Gründen?
4. Sollen bei der Neuausschreibung des GSW-Verkaufs der in der bisherigen Ausschreibung geforderte Kündigungsschutz für Mieter(innen) wegen Eigenbedarfs und wegen wirtschaftlicher Verwertung sowie der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für die rund 1000 Beschäftigten aufrecht erhalten werden, und wenn nein, aus welchen Gründen?
5. Soll bei der Neuausschreibung des GSW-Verkaufs eine Lockerung des Umgangs mit denkmalrechtlichen Bestimmungen für die zu großen Teilen denkmalgeschützten Wohnungsbestände in Aussicht gestellt werden?
6. Soll bei der Neuausschreibung der bisher angestrebte Status für das Land Berlin als Minderheitengesellschafter (25,1 % der Anteile bzw. Einräumung vergleichbarer Rechte) aufrecht erhalten werden?
7. Hält der Senat die Erlöserwartungen vom Juni 2000 in Höhe von „mind. 2,5 Mrd. DM“ weiterhin für realistisch, und wenn nein, mit welchem Mindesterloß rechnet der Senat?
8. Wie viele Wohnungen soll die GSW nach einer eventuellen Privatisierung im geschützten Marktsegment zur Verfügung stellen?
9. Wie viele Wohnungen sollen aus wohnungspolitischen Gründen nach Auffassung des Senats künftig in städtischem Eigentum verbleiben?

Berlin, den 29. November 2001

Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 12

Im Namen des Senats von Berlin
beantworten wir Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Das Verfahren zur Veräußerung der Geschäftsanteile an der GSW wird fortgeführt.

Zu 2. bis 4.:

Das Land Berlin erwartet von den Investoren, bzw. dem Investor eine Stärkung der GSW und ihrer Wirtschaftskraft. Die Geschäftspolitik der Gesellschaft bezogen auf die Mietpreisgestaltung und Wohnraumprivatisierung – bevorzugt an Mieter und Mietergenossenschaften – sowie hinsichtlich der Fortführung der bisherigen sozial- und wohnungspolitischen Ziele ist weiterhin Maßstab. Hierzu zählt auch zukünftig der Verzicht auf Eigenbedarfskündigungen und die Feststellung der Mieten auf Grundlage des Mietspiegels. Für die Beschäftigten bleiben betriebsbedingte Kündigungen aus Anlass der Privatisierung weiterhin ausgeschlossen.

Zu 5.:

Für die GSW – wie für alle übrigen Eigentümer von Immobilien – gelten die einschlägigen Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes. Eine Lockerung, bzw. ein Abweichen von Regelungen des Denkmalschutzgesetzes ist auf vertraglichem Wege grundsätzlich nicht möglich.

Zu 6.:

Bei der Privatisierung der GSW wird weiterhin angestrebt, dass dem Land Berlin Einflussrechte auf solche Fragen der Geschäftspolitik eingeräumt werden, die von wohnungspolitisch grundsätzlicher Bedeutung sind.

Zu 7.:

Eine Erlöserwartung hat der Senat – wie auch in allen anderen Fällen der Vermögensaktivierung – im Vorfeld nicht artikuliert.

Zu 8.:

Die GSW soll auch künftig ihren Beitrag zur staatlichen Wohnungspolitik leisten und durch die Fortsetzung der bisherigen Mietenpolitik breite Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum versorgen.

Zu 9.:

Eine Entscheidung darüber, wie viele Wohnungen zum Zwecke der Einflussnahme auf dem Wohnungsmarkt weiterhin im Eigentum landeseigener Wohnungsbaugesellschaften stehen sollen, wird der Senat zu gegebener Zeit und orientiert am weiteren Marktgeschehen treffen.

Berlin, den 16. Januar 2002

In Vertretung
Bielka
Senatsverwaltung für Finanzen